

Das Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiz) in der Praxis

Teil 5 – Ergebnisse einer ersten Untersuchung zu möglichen Auswirkungen des Kinderbildungsgesetzes

Ein Zusammenschluss von Trägern (»Forum Förderung von Kindern«) hat im Jahr 2009 das Sozialpädagogische Institut NRW (SPI) der Fachhochschule Köln damit beauftragt, die Auswirkungen des KiBiz zu untersuchen. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in einer Artikelserie in der KiTa aktuell NRW vorgestellt. In diesem Beitrag geht es um den Bedarf der Eltern.

Petra Wiedemann und Prof. Dr. Rainer Strätz

Fachhochschule Köln – Sozialpädagogisches Institut Köln

Der Bedarf der Eltern

Im Rahmen der Elternbefragung wurde auch der Frage nachgegangen, wie schnell und in welche Richtung sich der Bedarf an Betreuungszeit im Verlauf eines Kindergartenjahrs ändern kann. Die Eltern wurden gebeten, anzugeben, ob sich ihr Bedarf seit den Sommerferien 2008 geändert habe, aber auch, ob sich der Bedarf an Betreuungszeit im laufenden Kindergartenjahr bis zum Sommer 2009 voraussichtlich ändern werde. In beiden Fällen wurden die Eltern jeweils nach den Gründen der Bedarfsänderungen gefragt, wobei sie mehrere Gründe benennen konnten.

Beim überwiegenden Teil der befragten Eltern (73,1 Prozent) waren seit dem 1. August 2008 keine Änderungen des Bedarfs festzustellen. Bei 4,2 Prozent der Eltern ist der Bedarf an Betreuungszeit niedriger geworden, während er bei 18,9 Prozent der Eltern gestiegen ist. Insgesamt hat sich somit der Bedarf an Betreuungszeit bei fast einem Viertel der befragten Eltern allein im Zeitraum vom 1. August 2008 bis zur Befragung (im Februar 2009) geändert.

Änderung des Bedarfs an Betreuungszeit seit dem 1. August 2008:

- Weniger – 4,2 Prozent
- Gleich – 73,1 Prozent
- Länger – 18,9 Prozent
- Keine Angaben – 3,8 Prozent

Hinsichtlich der voraussichtlichen Veränderungen des Bedarfs an Betreuungszeit im noch laufenden Kindergartenjahr ist eine ähnliche Tendenz zu erkennen. Fast ein Fünftel der Eltern (genau 19,3 Pro-

zent) gibt an, dass sich der Bedarf bis zum Sommer 2009 ändern wird.

Voraussichtliche Änderung des Bedarfs an Betreuungszeit im laufenden Kindergartenjahr:

- Ja – 19,3 Prozent
- Nein – 78,3 Prozent
- Keine Angaben – 2,5 Prozent

Wenn die Gründe für die Bedarfsänderungen betrachtet werden, so wird als häufigster Grund für die Veränderungen seit dem Sommer 2008 mit 51,8 Prozent »Veränderungen in der Erwerbstätigkeit bzw. Ausbildung« angegeben. Für die voraussichtliche Änderung bis Sommer 2009 wird dieser Grund mit 58,6 Prozent sogar noch häufiger genannt. An zweiter Stelle wird »Wunsch/Bedürfnis des Kindes« angegeben (seit Sommer 2008: 20,8 Prozent und bis Sommer 2009: 15 Prozent). An dritter Stelle steht der Grund, dass eine »andere Betreuungssituation« gewünscht wird (seit Sommer 2008: 12,2 Prozent und bis Sommer 2009: 12,1 Prozent). Es wird deutlich, dass die Eltern bei der Angabe der Gründe sehr differenziert geantwortet haben, zumal auch noch viele »sonstige Gründe« individuell benannt worden sind. Eindeutig im Vordergrund stehen jedoch Veränderungen in den Bedarfslagen, die sich aus der Berufstätigkeit bzw. Ausbildungssituation ergeben.

Gründe der eingetretenen Bedarfsänderung:

- Aufgrund der Veränderung in der Erwerbstätigkeit bzw. Ausbildung – 51,8 Prozent
- Wunsch/Bedürfnis des Kindes – 20,8 Prozent
- Sonstige Gründe – 12,7 Prozent
- Andere Betreuungssituation gewünscht – 12,2 Prozent

- Wegfall der Betreuungsperson – 2,5 Prozent

Gründe der voraussichtlichen Bedarfsänderung:

- Aufgrund der Veränderung in der Erwerbstätigkeit bzw. Ausbildung – 58,6 Prozent
- Wunsch/Bedürfnis des Kindes – 15,0 Prozent
- Sonstige Gründe – 14,3 Prozent
- Andere Betreuungssituation gewünscht – 12,1 Prozent

Art der voraussichtlichen Bedarfsänderung:

- Mehr Stunden an Betreuungszeit werden benötigt – 61,9 Prozent
- Eine Betreuung am Abend wird notwendig – 13,1 Prozent
- Sonstiges – 10,7 Prozent
- Weniger Stunden an Betreuungszeit werden benötigt – 7,1 Prozent
- Eine Betreuung am Wochenende wird notwendig – 7,1 Prozent

Bei einer Bedarfsänderung an Betreuungszeit bis zum Sommer 2009 wurden die betroffenen Eltern gebeten zu beschreiben, wie sich dieser Bedarf ändern werde. Auch hier waren mehrere Antwort möglich.

Fast zwei Drittel (genau 61,9 Prozent) der befragten Eltern gaben an: »Mehr Stunden an Betreuungszeit werden benötigt«. Deutlich seltener wurde auf die Notwendigkeit einer »Betreuung am Abend« (13,1 Prozent) bzw. »am Wochenende« (7,1 Prozent) hingewiesen. Nur wenige Eltern (7,1 Prozent) erwarteten einen Rückgang an Betreuungszeit. Auch bei der Beantwortung dieser Frage gaben die Eltern noch eine Vielzahl von individuellen Formen der Bedarfsänderung an.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die befragten Eltern vor allem aufgrund Veränderungen in der Erwerbstätigkeit bzw. Ausbildung eine hohe Flexibilität in den Betreuungszeiten benötigen. Bei einem Teil der Eltern ändert sich der Bedarf bereits innerhalb eines Kindergartenjahres. Dieser Situation werden Regelungen, die eine Festlegung auf ein Jahr im Voraus vorsehen, nicht gerecht.





Fazit

Die Ergebnisse einer schriftlichen Befragung im Februar 2009, an der sich mehr als 300 Führungskräfte, über 1 400 pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie mehr als 700 Eltern beteiligten, machen auf vier Problemfelder aufmerksam:

1. Bei knapp der Hälfte der Beschäftigten war die Umstellung auf KiBiz mit Veränderungen des Beschäftigungsverhältnisses bzw. Arbeitsvertrages verbunden, darunter z.B. eine Befristung des Arbeitsvertrages, eine Reduzierung der Arbeitszeit oder ein Wechsel des Tarifs bzw. der Verzicht auf Sonderzahlungen. In 22,1 Prozent der Fälle wurde angemerkt, dass Verwaltungstätigkeiten (z.B. Berichtswesen, Listenführung) zugenommen hätten. Arbeitsverträge wurden häufiger befristet (durchschnittlich 2,2 Fälle pro Einrichtung gegenüber 1,8 Fällen vor Einführung des KiBiz). Mehr als die Hälfte der Befragten (56,7 Prozent) schätzt ihren Arbeitsplatz jetzt als »weniger sicher« ein.

2. Viele pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter melden problematische Veränderungen und Belastungen in der täglichen Arbeit zurück, darunter häufiger anfallende Mehrarbeit (74,4 Prozent), erhöhten Zeitdruck (68,0 Prozent), weniger Zeit für Absprachen mit Kollegen/innen (53,8 Prozent). Zwar ist die durchschnittliche Zahl der den Einrichtungen zur Verfügung stehenden Personalstunden mit Einführung des KiBiz nicht gesunken, sondern im Gegenteil leicht (um ca. 5 Prozent) gestiegen, aber die in KiBiz vorgesehenen gestiegenen Anforderungen (längere Öffnungszeiten, verstärkte Aufnahme von Kindern unter drei Jahren) konnten dadurch offenbar nur teilweise aufgefangen werden. Ein Drittel der Einrichtungsleitungen (36,3 Prozent) gab an, dass der Krankenstand in ihrer Einrichtung seit dem 1. August 2008 gestiegen sei (55,1 Prozent beschrieben ihn als gleich bleibend, 5,7 Prozent als niedriger). Eine stärkere Belastung der Fachkräfte wird auch von der Mehrzahl der befragten Eltern (54,6 Prozent) wahrgenommen.

3. KiBiz sieht vor, dass Ergänzungskräfte in Gruppen mit Kindern unter drei Jahren nicht mehr eingesetzt werden können, sofern sie sich nicht zur Fachkraft weiterqualifizieren. Erst ein Teil der Betroffenen wurde bisher von ihrem Träger zu einer solchen Weiter-

qualifizierung angeregt oder aufgefordert (41,3 Prozent), jede/r siebte der Betroffenen (14,2 Prozent) geht davon aus, dass sie/er ihre/seine Arbeitstätigkeit aufgrund der in KiBiz beschriebenen Anforderungen beenden muss.

4. KiBiz sieht vor, dass sich Eltern bei den Betreuungszeiten für ihr Kind für ein Jahr im Voraus festlegen. Knapp ein Viertel der befragten Eltern (23,1 Prozent) gibt jedoch an, dass sich ihr Betreuungsbedarf zwischen dem 1. August 2008 und dem Zeitpunkt der Befragung (Februar 2009) geändert habe, knapp ein Fünftel (19,3 Prozent) meldet zurück, dass sich ihr Bedarf noch im laufenden Kindergartenjahr verändern werde: Ein beachtlicher Teil der Elternschaft benötigt mehr Flexibilität in den Betreuungszeiten, als KiBiz vorsieht.

Diese vier Problembereiche sollten möglichst umgehend mit Blick auf Änderungsmöglichkeiten fachpolitisch diskutiert und durch Folgebefragungen und weitere Untersuchungen in den nächsten Jahren überprüft werden. ■